

„Die Gesellschaft verroht – das macht mir Sorge“

Herr Meyer, Ihre Amtszeit läuft noch zweieinhalb Jahre. Wissen sie schon, ob Sie noch einmal antreten?
Mir macht die Arbeit als OB viel Spaß, ich kann mir das vorstellen. Aber ich brauche noch ein bisschen Zeit, um mir darüber endgültig klar zu werden, was ich vorhabe. Ich werde mich in den nächsten sechs bis acht Monaten dazu äußern.

Was ist der entscheidende Faktor: Ihr Gefühl, die Meinung Ihrer Familie oder die Frage, wie viele Parteien hinter Ihnen stehen?
Eindeutig das private Umfeld. Denn es gibt bei diesem Amt auch eine Kehrseite. Das Familienleben kommt oft zu kurz und unsere Kinder sind noch nicht so alt, dass man sie ständig alleine laufen lassen kann. Meine Frau muss sich auch verwirklichen können, sie soll nicht immer zurückstehen müssen. Wir werden in der nächsten Zeit darüber reden, noch haben wir das nicht getan.

Der Zuspruch aus den Parteien hält sich in Grenzen, bisher hat nur die AfD erklärt, eine erneute Kandidatur von Ihnen zu begrüßen. Beunruhigt Sie das?
Nein, keineswegs. Es sind doch auch noch über zwei Jahre bis zur Wahl, das ist lange hin. Außerdem entscheidet das nicht ein Fraktions- oder Parteichef alleine, da müssen Gespräche geführt werden. Ich mache meine Entscheidung aber auch nicht von der Politik abhängig. Im Übrigen nehme ich ein weitgehendes inhaltliches Einvernehmen über die Jahre hinweg wahr.

Bei der letzten OB-Wahl hieß es, eine Kampagne koste etwa 100 000 Euro. Wie würden Sie das aufbringen, wenn Sie keine Partei hinter sich hätten?
Gut, die Frage müsste ich mir in der Tat irgendwann stellen. Aber ich habe heute andere Rahmenbedingungen als damals, ich muss mich nicht mehr bekannt machen.

Thema Wasserkamp: Sie haben sich immer für ein Baugebiet ausgesprochen. Gibt es durch die archäologischen Grabungen oder anderes neue Erkenntnisse, nach denen die Entscheidung für Sie doch noch offen ist? Oder bleiben Sie dabei, den Wasserkamp größtmöglich zu bebauen?
Das habe ich ohnehin so nie gesagt. Ich habe immer betont, dass wir objektiv und seriös prüfen müssen, ob und in welcher Ausprägung das wirtschaftlich machbar ist. Wir haben einen riesigen Bedarf, wir brauchen 700 Ein- und Zweifamilienhäuser in der Stadt, dazu 500 Sozialwohnungen, die auch irgendwo entstehen müssen. Wir müssen endlich schneller vorkommen, wir können uns nicht mit 20 Wohneinheiten hier und 30 dort über Wasser halten. Wir haben über viele Jahre hinweg zu wenig auf den Markt gebracht, vor allem Einfamilienhäuser. Ohne den Wasserkamp können wir den Bedarf nicht decken.

SPD und Grüne werden, wenn überhaupt, nur zustimmen, wenn der Anteil des Sozialen Wohnungsbau mindestens 20 Prozent beträgt. Ist das wahrscheinlich? Oder haben die Kritiker Recht, die unterstellen, da solle ein Reichen-Ghetto entstehen?
Das stimmt so nicht. Natürlich werden wir das Land nicht für 30 oder 50 Euro je Quadratmeter verkaufen können, wir müssen ja unsere Kosten für die Entwicklung wieder hereinbekommen. Aber wenn die in Aussicht gestellten Förderprogramme des Landes endlich anlaufen, können wir die 20 Prozent im Sozialen Wohnungsbau verwirklichen. Wir wollen grundsätzlich eine Durchmischung, ganz bewusst! Wenn das Förderprogramm wie angekündigt kommt, sind auch Mieten ab 5,50 Euro je Quadratmeter möglich.

Richten wir den Blick auf das Baugebiet am Großen Kamp: Dort werfen sich EVI und Stadt gegenseitig vor, daran schuld zu sein, dass es keine zentrale Nahwärmeversorgung für die Häuslebauer gibt und diese nun jeweils eine eigene Lösung finden müssen. Wer hat Recht?
Wenn zwei meinen, sie hätten nichts

falsch gemacht, liegt die Wahrheit meistens in der Mitte. Aber ich bin mit der Aufarbeitung noch nicht fertig. Ungeachtet dessen bin aber nicht zufrieden damit, wie das da gelaufen ist.

Gehört zur Aufarbeitung auch zu prüfen, ob die Stadt einen Anschlusszwang für eine bestimmte Versorgungsart vorschreiben kann? Da gehen ja die Rechtsauffassungen von EVI und Verwaltung auseinander...

Für die Zukunft sehe ich da eine Möglichkeit, gerade im Hinblick auf den Klimaschutz. Ja, das muss anders gemacht werden, es gibt dazu ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes. Ich bin bis Januar auch davon ausgegangen, dass es im Großen Kamp ein Blockheizkraftwerk geben wird, also eine Nahwärmeversorgung. Wir haben dafür im Bebauungsplan ja extra einen Bereich vorgesehen. Insoweit hat es mich irritiert, dass das nun anders gekommen ist. Doch wir werden daraus unsere Lehren ziehen. Allerdings ist es auch nicht so, dass dort Bauherren nun nur klimaschädliche Alternativen haben. Und im neuen Wohngebiet am Steinberg ist die Situation ähnlich gewesen.

Themawechsel: Was empfinden Sie angesichts der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der wohl sterben musste, weil er sich für Flüchtlinge eingesetzt hat? Sie tun das auch. Sind Sie auch schon einmal bedroht worden?

Nach den Rats-Resolutionen zur Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet werden, kam im Rathaus einiges an Beleidigungen an, auch versteckte Drohungen. Ich lese das zwar selbst in der Regel nicht, bekomme es aber natürlich mit. Der Mord an Walter Lübcke ist erschreckend. Die Gesellschaft darf so etwas nicht einfach hinnehmen, das beziehe ich nicht nur auf die hauptamtliche, sondern auch auf die ehrenamtliche Politik: Wer will denn solche Ämter noch übernehmen, wenn nicht alles dafür getan wird, so etwas zu verhindern?

Hat sich die Gesellschaft verändert?
Ja, es findet eine Verrohung statt. Dieses Polarisieren, dieses Schüren von Hass, gerade im Internet, macht etwas mit den Menschen. Es führt dazu, dass heute Sachen gesagt und geschrieben werden, die noch vor fünf oder zehn Jahren undenkbar gewesen wären, weil sich das niemand getraut hätte, jedenfalls nicht öffentlich. Ich betrachte diese Entwicklung mit Sorge.

Welche Rolle spielt die AfD?
Das muss man differenziert betrachten. Wenn man so hört und sieht, was der thüringische AfD-Chef Björn Höcke so sagt, muss man feststellen: Das verschiebt das Koordinatensystem unserer Gesellschaft. Aber das lässt sich nicht einfach an einer Partei festmachen. Die AfD ist eher eine Reaktion auf das, was gesellschaftlich passiert.

Worauf führen Sie das zurück, was gesellschaftlich passiert?
Das ist ganz schwer zu beantworten, es gibt viele Faktoren. Erst einmal ist das kein deutsches, sondern ein weltweites Phänomen, das zum Beispiel einen Mann wie Donald Trump zum Präsidenten der USA gemacht hat. Und wir sehen das auch in vielen Staaten Europas. Man kommt nicht umhin, einen Zusammenhang mit der Ankunft vieler Flüchtlinge im Jahr 2015 und den Folgen davon zu sehen. Und wenn dann eine schlimme Tat durch einen Flüchtling ausgeübt wird, lässt sich das eben ausschlagen – und das passiert auch, gerade in den neuen Medien geht das viel schneller als früher. Das verändert das Klima.

Sie sprechen von Straftaten?
Ja. Dazu habe ich eine klare Haltung: Wir müssen denen helfen, die unsere Hilfe brauchen, damit sie schnell Teil unserer Gesellschaft werden, wie sie es ja auch selbst wollen. Aber bei den wenigen schwarzen Schafen, die das nicht wollen und hier straffällig werden, müssen



Kandidatur für eine zweite Amtszeit? Noch überlegt Ingo Meyer.

FOTO: CHRIS GOSSMANN

HAZ-Interview mit Oberbürgermeister Ingo Meyer über die Stimmung in der Gesellschaft, den Umgang mit straffälligen Flüchtlingen, neue Baugebiete und die Frage, ob er noch einmal antritt.

Von Rainer Breda und Jan Fuhrhop

„
Meine Frau soll nicht immer zurückstehen müssen.“

Ingo Meyer
Oberbürgermeister

Zur Person

Ingo Meyer ist 50 Jahre alt und seit Februar 2014 Oberbürgermeister. Bei der Wahl setzte sich der parteilose Quereinsteiger gegen den damaligen Amtsinhaber Kurt Machens durch. Meyer hatte zuvor als Wirtschaftsanwalt gearbeitet. Als OB-Kandidat wurde er von SPD, Grünen und der CDU unterstützt. Er stammt aus der Region, sein Vater war Gemeindedirektor in Holle. Die nächste OB-Wahl steht 2021 an. Bislang hat noch keine der drei Parteien, die Meyer 2013 unterstützten, entschieden, ob sie erneut hinter ihm stehen würden. Meyer selbst hat sich ebenfalls noch nicht erklärt.

Aber die andere Variante hat auch Charme, gerade in Sachen Demokratie: Da ist es doch gut, dass die Mehrheiten wechseln und nicht von vornherein klar ist, wer sich durchsetzt. Da zählen dann die besseren Argumente!

Nervt Sie eigentlich, dass ein bestimmter Bürger seit Monaten jede Einwohnerfragestunde nutzt, um sich an Sie zu wenden?

Das gehört dazu. Ich finde es allerdings komisch, wenn sich jemand an die Stelle des Rates setzt und dessen Mitgliedern zeigen will: Ihr könnt es nicht. Deshalb regt das ja auch manche Ratsmitglieder auf. Außerdem kostet es Zeit – auch in der Verwaltung, weil wir die Antworten erarbeiten müssen. Das lähmt. Insoweit stört mich das dann auch.

Lesen Sie in der morgigen Ausgabe: Meyer zum Thema Kulturhauptstadt

wir ganz konsequent sein. Flüchtlinge haben ein Gastrecht: Wenn hier jemand auffällig geworden ist, zum Beispiel durch eine Vergewaltigung oder einen Raub, darf es keine zweite Chance mehr geben. Da muss der Staat viel konsequenter und schneller als bisher reagieren. Wir müssen nicht jedem Gast dieselben Rechte gewähren wie Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Ich weiß, dass das juristisch nicht einfach ist und die Aufnahmebereitschaft der Herkunftsländer voraussetzt. Aber es kann nicht sein, dass solche Menschen auch noch finanzielle Unterstützung bekommen – da verstehe ich die Kritik aus der Bevölkerung. Wir müssen da konsequenter sein.

Der Sozialbericht, den die HAWK für die Stadt erstellt hat, zeigt extrem unterschiedliche Bildungschancen innerhalb der Stadt, zum Beispiel zwischen der Nordstadt und Itzum. Sehen Sie Handlungsbedarf?

Natürlich. Wir haben den Sozialbericht ja auch deshalb anfertigen lassen, damit wir zielgerichteter und besser begründbar vorgehen können. Wir können jetzt auch besser argumentieren, warum wir an bestimmten Stellen mehr tun als an anderen. Wir behandeln nicht Gleiches unterschiedlich, sondern Ungleiches bewusst unterschiedlich, damit wir wenigstens perspektivisch die Chancen angleichen. Gerade in der Nordstadt ist vor diesem Hintergrund auch schon viel passiert, sind einige Projekte angestoßen worden – zum Beispiel Sport- und Musikangebote für Kinder und Jugendliche. Wir haben ja vermutet, dass dort etwas geschehen muss – nun haben wir die Fakten. Wir müssen dort auch in den nächsten Jahren weiter Gas geben.

Aber kann das die Stadt angesichts ihrer Finanzlage überhaupt?

Wir können andere auf Basis des Sozialberichts besser mit ins Boot holen. Wir müssen nicht alles allein zahlen und können mögliche Partner mit den vorliegenden Erkenntnissen nun eher überzeugen.

Als Sie 2014 angetreten sind, war eines Ihrer Anliegen, das Arbeitsklima im Rathaus zu verbessern, für Offenheit zu sorgen. Haben Sie Ihr Ziel erreicht? Ist das ein Rathaus, in dem jeder gern arbeitet?

Ich habe nicht das Gefühl, das wir schon dort sind, wo ich hin will. Aber mir wird von vielen Seiten unabhängig voneinander und zunehmend gespiegelt, dass wir viel weiter als vor fünf Jahren und auch vor zwei Jahren sind. Die Kultur ist angenehmer, die Zusammenarbeit vertrauensvoller – auch über Dezernatsgrenzen hinweg. Ich hätte allerdings nicht gedacht, dass es so lange dauert, die alten Strukturen aufzubrechen.

Sind Sie eigentlich mit der Qualität des Rates zufrieden? Macht der seine Sache gut oder wünschen Sie sich manchmal einen anderen Rat?

Im Großen und Ganzen bin ich mit der Zusammenarbeit zufrieden. Es gibt aber sicher an der einen oder anderen Stelle Verbesserungspotential. Manchmal könnte es schneller gehen, wir sollten uns zum Beispiel nicht über Kleinigkeiten monatlang unterhalten...

Was meinen Sie konkret?
Zum Beispiel die Frage, wie viele Zebrastreifen es in der Goschenstraße geben muss.

Ist es schlimm, dass es keine feste Mehrheit im Rat gibt?

Das hat zwei Seiten. Sicher ist es einfacher für einen Oberbürgermeister, wenn man eine stabile Mehrheit hat, erst recht mit gleichem Parteibuch.